

## // Presseinformation //

### **GEW: Weitere Verbesserung der Unterrichtsversorgung ist das Gebot der Stunde**

„Nach wie vor sind die strukturellen Defizite bei der Unterrichtsversorgung trotz wiederum leichter Verbesserung zum vergangenen Schuljahr zu hoch und daher für die GEW nicht akzeptabel“, kommentierte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer, die heute vom Bildungsministerium vorgelegten Zahlen zur Schulstatistik und Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2015/2016.

Für Hammer ist es nicht hinnehmbar, dass die Landesregierung – wie auch in den vergangenen Schuljahren – keine Vollversorgung für die Schulen garantiert. Immer noch, doch besonders in diesem Schuljahr, leisteten Lehrkräfte an den Schulen aufgrund der aktuellen Situation Mehrarbeit, um allen Schülerinnen und Schülern das Recht auf Bildung und Unterricht zu gewährleisten und um diese zu fördern und zu begleiten. Hammer: „Es war eine richtige Entscheidung der Landesregierung, auf den weiteren Abbau von Planstellen im Bereich der Schulen zu verzichten.“ Um jedoch auf Dauer einen gesicherten Unterricht und die benötigten Fördermaßnahmen zu garantieren, seien mehr zusätzliche Plan- und Poolstellen für qualifiziertes Fachpersonal notwendig, als von der Landesregierung vorgesehen.

„Sorgen macht uns nach wie vor die hohe Anzahl befristeter Vertretungsverträge. Es gibt dabei solche, die nur dazu dienen, den strukturellen Unterrichtsausfall abzudecken“, sagte der GEW-Landesvorsitzende. Es sei an der Zeit, Lösungen zu finden, dass alle Vertretungsverträge für das ganze Schuljahr hinweg abgeschlossen werden – auch unter Berücksichtigung der Bezahlung in den Sommerferien. „Der dauerhafte Vertretungsbedarf“, so Hammer, „ist Beleg dafür, dass die vorgesehenen Planstellen nicht ausreichen und dass der Vertretungspool weiter ausgebaut werden muss.“

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:  
<http://www.gew-rlp.de>

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Vertretungsverträge nicht im vollen Umfang vergeben werden und - wie in diesem Schuljahr der Fall - oft im Umfang reduziert wurden, wo doch der Bedarf an sehr dringend benötigten Fachkräften deutlich erkennbar ist.“

Auch in diesem Schuljahr ist die Lehrkräfteversorgung laut GEW vor allem in den Schularten Gymnasien, Förderschulen sowie an den Berufsbildenden Schulen unbefriedigend. Für die Grundschulen gibt es kaum noch ausgebildete Vertretungslehrkräfte.

Die Gründe hierfür seien vielschichtig. Zum großen Teil spiele die schlechtere Bezahlung der Grundschullehrkräfte bei ihrer Berufswahlentscheidung eine Rolle. „Die Einführung eines gleich langen Studiums für alle Lehrämter mit gleicher Eingangsbesoldung ist diesbezüglich unabdingbar“, so der GEW-Landesvorsitzende.

Gut sei, dass das Bildungsministerium mit Qualifizierungsmaßnahmen versuche, die Personalknappheit an den Förder- und Schwerpunktschulen zu minimieren. Jedoch sei dies nur ein erster Schritt. Als nächster Schritt müsse folgen, dass mehr Lehrkräfte durch entsprechende Entlastungen motiviert werden eine Qualifizierung zur Förderschullehrkraft anzustreben, damit sie auch eine Perspektive haben, als solche zu arbeiten und entsprechend besoldet zu werden.

Dringenden Handlungsbedarf sieht die GEW für die Schulen, an denen verstärkt Flüchtlingskinder unterrichtet werden. „Die Schulen brauchen für diese sensible und anspruchsvolle Arbeit dringend Unterstützung von Expertinnen und Experten, u.a. im Umgang mit traumatisierten Kindern und in der Sprachförderung. Diese Schulen benötigen eine wesentlich höhere Lehrkräftezuweisung, um gezielt und in kleineren Lerngruppen mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten und diese begleiten zu können“, so der Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer. Es sei zu wünschen, dass die vorgesehenen zusätzlichen Finanzmittel für die Arbeit mit Flüchtlingen im Landeshaushalt 2016 auch den Schulen zu Gute kämen.

Mainz, den 26.11.2015